

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 41 (1965-1966)
Heft: 11

Artikel: Strassburg-Sitten - ohne Halt in Bern? : Zur Koordination der kantonalen Schulsysteme
Autor: Müller-Guggenbühl, Fritz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1079529>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Strassburg – Sitten – ohne Halt in Bern?

Wir werden uns freuen, wenn sich Leserinnen und Leser unter dem Kennwort «Schuleinheit» zu diesem Artikel äussern.

Erstens bitten wir solche, die selber oder deren Kinder einen Schulwechsel von einem Kanton in den anderen durchgemacht haben, uns möglichst anschaulich ihre Erfahrungen mitzuteilen – seien diese negativ gewesen oder positiv, was sicher auch vorkommt. Diese Beiträge sollen 300 Worte nicht überschreiten. Wir werden die angenommenen Beiträge honorieren und anonym veröffentlichen.

Zweitens bitten wir Lehrer, Schulfachleute und politisch Interessierte, ihre Meinung zu einzelnen Gedanken von Dr. Fritz Müller kundzutun. Selbstverständlich werden auch diese Beiträge, soweit wir sie veröffentlichen werden, honoriert; sie sollen dann je nach Wunsch des Verfassers mit vollem Namen, Initialen oder anonym publiziert werden.

Redaktion

Wenn ein schweres Scheit lang genug in schwelender Glut liegt, züngeln mit einem Mal an verschiedenen Stellen seiner Oberfläche kleine Flämmchen empor. Einzelne davon erlöschen wieder, andere greifen um sich, bis der Holzklotz schließlich brennt.

Wenn die Zeit für eine Erneuerung gekommen ist, bricht diese meist an verschiedenen Stellen gleichzeitig durch. Die Reformatoren des 16. Jahrhunderts, um ein besonders bedeutendes Beispiel zu nennen, haben innerhalb von wenigen Jahrzehnten in Deutschland, Frankreich, in der Schweiz und in England ihre Stimme erhoben. In den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts erkannten die schweizerischen Kantone fast gleichzeitig die Notwendigkeit der Volksbildung und gründeten Schulen und Lehrerseminarien.

In unserer schweizerischen Gegenwart gibt es im Bereich der Schule eine entsprechende Erscheinung. Fast gleichzeitig haben sich an mehreren Orten der Schweiz Studiengruppen gebildet oder sind Kommissionen bestellt worden, welche überlegen, wie man die verschiedenartigen Schulsysteme der Kantone einander besser anpassen könnte. Der Ruf nach einer Zusammenarbeit der Kantone, einem kooperativen Föderalismus – dessen Sprachrohr vor allem die Neue Helvetische Gesellschaft ist – fand in den Kreisen der Schule lebhaftes Echo. Das ist verständlich: die Schule ist der kantonalen Hoheit liebstes Kind.

Die Presse aller Schattierungen hat die Forderung aufgenommen. Zum Beispiel auch die konservative «Ostschweiz» fragt: «Schulföderalismus ja oder nein?» und stellt fest, dass die Verankerung des Primarschulwesens in Kanton und Gemeinde nach wie vor bleiben müsse, daß aber ein Neuüberdenken des Schulföderalismus sich aufdränge. Des «Nebelspalters» Ritter Schorsch glaubt, die Stände könnten weniger als je zuvor nur für sich selbst und im gemeinschaftlichen Sternmarsch zur Bundeskasse existieren, sie seien auf eine vernünftige Zusammenarbeit angewiesen – und zwar genau um ihrer Eigenständigkeit willen.

Die Liste der Gremien, welche sich gegenwärtig mit der Frage einer besseren Koordinierung der Schulsysteme befassen, ist imposant. Sie beginnt mit einer Spezialkommission der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, führt über die Schweizerische Seminardirektoren-Konferenz bis zu den Lehrerzirkeln mittelgroßer Gemeindeschulhäuser.

Alle die Studiengruppen – ich kenne drei davon aus persönlicher Erfahrung – beginnen mit einer Bestandsaufnahme der Unterschiede. Sie geben übrigens – ohne es vermeiden zu können – ein geradezu klassisches Beispiel der gegenwärtigen schweizerischen Zersplitterung: Im Schweiße ihres Angesichts erstellen gewissenhafte Frauen und Männer in Solothurn, Schaffhausen, Genf, Oberhofen, Dielsdorf und Schwyz die grundsätzlich gleiche Liste der Abweichungen – und kaum einer weiß, was der andere macht. Die gegenwärtig dringendste Aufgabe ist deshalb die – erfreulicherweise ebenfalls angepackte – Koordination der Koordinatoren.

Man sieht: es tut sich etwas, der Mai ist gekommen – die Ernte allerdings steht noch in ziemlicher Ferne, und sehr wahrscheinlich fällt noch mancher Reif in die Frühlingsnacht.

Pädagogische Brückenzölle und pädagogische Sonderbünde

Wenn Autobahnen an den Kantonsgrenzen in blühenden Löwenzahnfeldern enden, reklamiert das Volk. Auch die Bildungswege vieler Schweizerkinder stoßen an den Kantonsgrenzen ins Leere. Solche Sackgassen der Bildung sind nicht weniger bedenklich als anschlußlose Autostraßen.

Wer einem Ausländer Auskunft über das schweize-

rische Schulwesen geben soll, muß über etwas sprechen, das es nicht gibt. Es gibt 25 kantonale Schulsysteme und über 3000 Gemeinde-Schulorganisationen.

Die Unterschiede der Ausbildungsprogramme fallen in der heutigen Zeit stärker ins Gewicht als früher. Mit Recht weist man darauf hin, daß die Binnenwanderung zugenommen hat. Eine Erhebung des Schweizerischen Lehrervereins in 32 Gemeinden aus 14 deutschschweizerischen Kantonen ergab: Rund 10 Prozent der Kinder haben den Schulort ein oder mehrere Male über die Kantonsgrenzen hinweg gewechselt. Je nach Gemeinde schwanken die Zahlen der Wanderer zwischen 4 und 20 Prozent. In einem Extremfall stammten 50 Prozent einer Klasse aus außerkantonalen Schulen.

Die Unterschiede im Schulwesen, womit ein Kind, dessen Vater zum Beispiel von Göschenen nach Airolo oder von Spiez nach Brig versetzt wird, fertig zu werden hat, sind sehr beträchtlich: Die Urner haben offenbar zwei Jahre weniger Schulzeit nötig als die Tessiner, dafür sind sie ein Jahr später schulreif als die Basler. Die gemeinen Brüche versteht man in dem einen Kanton schon als Viertkläßler, im Nachbar-Kanton aber erst als Sechstkläßler. Für den Nidwaldner ABC-Schützen setzt die Schulzeit gleich sehr kräftig mit 1150 Schulstunden pro Jahr ein, für den Schaffhauser Schulanfänger genügen 840 Stunden im ersten Schuljahr. Die Primarschule dauert bis zum möglichen Übertritt in die nächste Stufe im Kanton Waadt 3 Jahre, im Kanton Zürich 6 Jahre. Im Kanton Baselland geschieht der Übertritt nach 5 Jahren, ein Zweig der weiterführenden Primarschule heißt aber dort Sekundarschule. Im Mathematik-Unterricht werden allein in den Schulen der welschen Schweiz 84 (vierundachtzig) verschiedene Lehrbücher verwendet. Die Schriftreform warf vor einigen Jahrzehnten hohe Wellen; das Ergebnis, die Schweizer Schulschrift, ist durchaus erfreulich; einige Kantone, Zürich zum Beispiel, konnten sich aber nicht dazu durchringen, einzelne alleinseligmachende Schlängen an gewissen Großbuchstaben zu opfern.

«In der Bundesverfassung», schreibt der «Bund», «ist die Niederlassungsfreiheit garantiert. Solange aber die Kantone den Föderalismus des Bildungswesens als Ausstellungsgelände benutzen, um ihre Verwurzelung mit einer geschichtsträchtigen und fremdenverkehrswirksamen Vergangenheit zu de-

monstrieren, solange steht diese Freizügigkeit für viele nur auf dem Papier.»

Die Formulierung ist gewiß etwas lieblos der – erwünschten – kulturellen Vielfalt unseres Landes gegenüber. Niemand kann aber bestreiten, daß die Aufgabe dringlich ist. Nicht nur der zunehmenden Binnenwanderung wegen, sondern noch aus andern Gründen:

Die kantonalen Erziehungsdirektionen spüren seit einigen Jahren den politischen Druck, der eine bessere Angleichung der kantonalen Schulsysteme fordert. (Selbst in der Bundesversammlung sind zwei parlamentarische Vorstöße erfolgt.) Die Kantone taten nun zunächst etwas, das meiner Ansicht nach sehr problematisch ist: sie haben sich zu Blöcken zusammengeschlossen und arbeiten gegenwärtig vor allem



auf regionale Konkordate hin. Daß die Bewegung in den welschen Kantonen «vers une école romande» als erste Etappe eine Angleichung der französischsprachigen Schulen herbeiführen will, ist verständlich und wohl auch sachlich richtig. Im Falle der deutschschweizerischen Kantone aber ist die Blockbildung gefährlich. Gegenwärtig sind die Fronten aufgeweicht; wenn sich nun statt der Kantone die Regionen gegeneinander abgrenzen, verhärten sie sich wieder – und eine Chance ist verpaßt.

Und was soll zum Beispiel der Aargau tun? Er schließt Gebiete ein, die wirtschaftlich eng mit Zürich oder mit Basel verbunden sind, und läuft Gefahr, zwischen die sich bildenden Blöcke zu geraten. Andere Kantone, Zug zum Beispiel, sind in einer ähnlichen Situation. Ich glaube deshalb, daß der Zeitpunkt gekommen ist, um das Gespräch auf gesamtschweizerischer Ebene aufzunehmen.

Daß nicht zunächst die Region, sondern gleich der ganze deutschsprachige Teil unseres Landes (und für gewisse Fragen die ganze Schweiz) als Einheit angenommen werden soll, erweist auch ein Blick auf die europäische Situation. Die Schweiz ist Mitglied des Straßburger Europarates. Wie in anderen Bereichen kann sie aber auch auf dem Gebiet der Bildung eine Reihe von ihr gewünschter Verträge nicht unterzeichnen, weil diese in die Zuständigkeit der Kantone fallen: zum Beispiel das Abkommen über die Gleichwertigkeit der Ausland-Semester an den Hochschulen oder über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse.

So entsteht die merkwürdige Situation, daß schweizerische Kantone schon heute Empfehlungen erhalten, die direkt aus Straßburg stammen. Ich denke etwa an die Vorschläge für die Gestaltung des Europa-Tages. Der Zug von Straßburg nach Sitten hält in Bern nicht an.

Die Gegenwart bringt zudem Bildungsaufgaben, welche im Rahmen der Kantone nicht großzügig genug gelöst werden können. Wenn ein Kanton den Weg zu einem Konkordat mit anderen Kantonen durch föderalistische Erstarrung gesperrt sieht, wird er sich früher oder später fragen, ob nicht eine andere Region den natürlichen Rahmen zu einer Übereinkunft bilde. Solche Tendenzen zeichnen sich bereits ab. Ich kenne thurgauische Schulfachleute, die kein Hehl daraus machen, daß sie den Bodenseeraum als eine gegebene und entwicklungsfähige kulturelle Einheit betrachten – deren geistiges Zen-

trum würde Konstanz. Im Raum Basel gibt es Lehrer, welche von der zu schaffenden Regio Basiliensis etwas Ähnliches erhoffen.

Es ist denkbar, daß ein Großteil unserer Bevölkerung ein Überspielen des Bundes auf dem Gebiet der Schulung wünscht oder wenigstens in Kauf nehmen will. Mir persönlich täte ein solches Abbröckeln der pädagogischen Landesgrenzen leid. Ich glaube, daß wir jede Chance, in einer unpatriotischen Zeit eidgenössischen Zusammenhang zu pflegen, ausnützen sollten. Zweifellos falsch wäre es, wenn sich die schweizerische Bildungspolitik, ohne es eigentlich zu wollen, planlos und gedankenlos in einen Zustand hineinschlittern ließe, da jeder Kanton seine eigene schulpolitische Europapolitik treibt.

Der Zeitpunkt, den Schulföderalismus neu zu überdenken, ist also aus mehreren Gründen gekommen: 1. Die Binnenwanderung nimmt zu, jedes Jahr werden mehr Kinder aus dem Schulgeleise geworfen, weil die Bildungsprogramme der Kantone so sehr variieren. 2. Es besteht die Gefahr, daß man unter dem Druck der Verhältnisse etwas Halbes macht, nämlich Abkommen innerhalb von regionalen Blöcken. 3. Den europäischen Einigungs- und Vereinigungsbestrebungen im Bildungswesen sollte die Schweiz – mindestens in einzelnen Fragen – als Einheit gegenüber stehen.

Die Schwierigkeiten und die Vorderseite der Medaille

«Wenn doch so viele unter Euch Schulmännern», sagte der amerikanische Gast, «der Ansicht sind, man sollte das Schulwesen der Kantone endlich koordinieren, warum macht Ihr es denn nicht?» Der Schweizer (das war ich) zuckte resigniert die Achseln und schwieg. Was hätte es schon gefruchtet, dem Ausländer die verschiedenartigsten Hindernisse aufzuzählen, die sich der Angleichung in den Weg stellen:

Der kantonale Lehrmittelverlag A verfügt noch über 25 000 Exemplare seines Englischbuches für Anfänger, er kann sich deshalb vorläufig mit einer Vereinheitlichung der Englischlehrmittel nicht einverstanden erklären. Der Seminardirektor des Kantons B findet, daß es unklug wäre, mit den katholischen Kantonen enger zusammenzuarbeiten, solange sie die Idee der neutralen Staatsschule nicht wirklich akzeptieren wollen. Der Schulinspektor des

Kantons C gibt zu bedenken, daß jede Neuerung, welche die Gemeindeautonomie einschränke, im Großrat seines Kantons niemals durchginge. Der Erziehungsdirektor des Kantons D, der zurückzutreten gedenkt, sich aber aus pensionstechnischen Gründen nochmals zur Wiederwahl stellen muß, hat andere Sorgen als die Koordination der kantonalen Schulsysteme. «Niemand kann uns zumuten, daß ausgerechnet wir im großen Kanton E uns den andern in der Frage des Fremdsprachen-Beginnes anpassen», sagen die Lehrer dieses Standes.

Es würde keine Mühe machen, das Alphabet auf diese Weise bis zum Z durchzubuchstabieren.

In der Schweiz haben wir kleine Verhältnisse. Sie haben viel Gutes. Sie bewahren uns vor der anonymen Verwaltungsbürokratie. Aber sie fördern das Aufkommen mehr oder weniger liebenswürdiger Lokaldespoten. In dem einen Kanton leitet ein solcher vielleicht ein sich entvölkerndes Universitätsinstitut, von dem jeder Einsichtige weiß, daß vernünftige gesamtschweizerische Koordination verlangen würde, es aufzuheben und die paar verbleibenden Studenten an einer anderen schweizerischen Universität auszubilden.

Aber: «L'institut, c'est lui!» und wer wagte es, gegen den verdienten Mann anzugehen. Auf diese Weise verfilzt sich bei uns stets die Rücksichtnahme auf einzelne Personen mit den sachlichen Entscheidungen.

Dabei sind die Schwierigkeiten, die in der Struktur unseres Staates selber liegen, schon groß genug. Man denke nur etwa an die Situation der Erziehungsdirektoren. Selbst wenn sie in schönem helvetischem Einigkeitsstreben gerne beschließen möchten, eine Übereinkunft sei für alle Kantone verbindlich, sie könnten es nicht. Sie sind nicht die Regierung. Und auch die Regierungen als Ganzes können Kompetenzen, die sie gar nicht haben – weil sie bei ihrem Parlament, vielleicht sogar bei den Gemeinden liegen – nicht an ein Konkordat weitergeben.

All diese Schwierigkeiten ließen sich selbstverständlich überwinden, wenn man mit naivem frischfröhlichem Enthusiasmus an die Aufgabe heranginge. Es sind aber gewiß nicht die schlechtesten Schweizer, welche diesen Enthusiasmus nicht aufbringen. Das bedeutet nicht Verknorzhtheit. Es liegt vielmehr daran, daß sie wissen, wie groß der Preis ist. Jede

Vielerlei Sorten von Aaron bis Zorten



Um 1935 traf eines frühen Morgens in einem inner-schweizerischen Kurort beim obligaten Badeprogramm im ebenfalls obligaten Negligé eine Zürcherin mit einer Baslerin zusammen. Ungeniert unterhielten sich die beiden Damen, die sich noch nie gesehen hatten, während der Badezeit miteinander. Einige Stunden später, als sich die Badegäste en tenue zur Table d'hôte begaben, begrüßte die leutselige Zürcher Oberländerin ihre neue Basler Bekannte sogleich mit frohem Gespräch. Doch eiskalt kam die Antwort: «I glaub, mer sin enander no ganz nit vorstellt!»

(Aus «Baslerisches – Allzubaslerisches» von Hans Jenny, Pharos Verlag, Basel.)

Vor einiger Zeit war ich in einem bekannten Kurort des Berner Oberlandes. Eines meiner Ferienvergnügen bildete das Herumflanieren in einem typischen, sogenannten Basar. Eine freundliche Bernerfrau stand hinter dem Ladentisch und fragte, was ich wünsche, und zwar – in englischer Sprache! Ich sagte ihr darauf: «Si chönned scho Schwyzerdütsch mit mer rede.» Aber das Fraeli fuhr munter fort mit seinem Englisch. Darauf sagte ich nochmals: «Reded Si nu tütsch mit mer, i chomm vo Sant Galle.» Da schaute mich das Fraeli groß an und sagte in schönstem Bernerhochdeutsch: «Ich habe noch nie eine Engländerin gesehen, die so gut Schweizerdeutsch kann!» Da mußte ich lachen.

M. G. in St. G.

Beschränkung der kantonalen Entscheidungsfreiheit ist ein Verlust. Die Medaille, deren Kehrseite wir dargelegt haben, hat eine imponierende Vorderseite:

Wer in der Schweiz vermehrte Zentralisation fordert, beginnt in der Regel damit, daß er dem Föderalismus seine Reverenz erweist. Er preist die Vieltätigkeit unseres Landes, er zitiert vielleicht die berühmte Passage in Karl Hedigers Schützenfestrede, um dann mit einem kräftigen «Aber» zur Sache zu kommen. Seinem eigentlichen Anliegen schickt er die Feststellung voraus, daß die Welt sich wandle, und daß wir das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen können.

Auch die vorliegenden Ausführungen fordern – im Gebiet des Schulwesens – vermehrte Koordination und damit konsequenterweise gewisse Einschränkungen der Kantonshoheit. Dennoch haben die nachfolgenden Bemerkungen zum Schul-Föderalismus nicht den Sinn einer höflich-unverbindlichen Reverenz. Sie wollen vielmehr die Grundlage bilden für die Formel «So wenig helvetische Schuleinheit wie nötig, so viel kantonale Schulhoheit wie möglich».

Es ist auch im Gebiet der Schule nicht leicht, hinter den schönen Schlagworten vom «Segen des föderalistischen Aufbaus» und von der «Verankerung der Schule in der Gemeinde» die Realität zu sehen. Wer aber unsere Schulen kennt, vor allem, wer sie mit dem Schulwesen anderer Länder vergleicht, weiß, daß man die Anführungszeichen weglassen darf: der föderalistische Schulaufbau *ist* ein Segen, und unsere Schulen *sind* in den Gemeinden verwurzelt.

In meinem Bücherschrank stehen die Fibeln einiger Schweizerkantone neben den Fibeln verschiedener europäischer und amerikanischer Länder. Der Vergleich ergibt – sogar wenn man eine gewisse patriotische Pulsbeschleunigung mitberücksichtigt –: die unsrigen sind besser. Sie sind lebendiger, durchdachter und geschmackvoller. (Das ist nicht erstaunlich: je größer die Kommission, desto blasser das Buch.)

Die Arbeit der Fibelverfasser steht als ein Beispiel für viele: der föderalistische Aufbau bewirkt eine einzigartige Aktivierung der Talente. Er knetet den Teig der individuellen Fähigkeiten besser durch. Wer wollte bestreiten, daß dies ein Segen ist?

Eine zweite Beobachtung: Die Schweiz hat das unbürokratischste Schulwesen der westlichen Welt.

Es ist eine viel zu wenig beachtete Tatsache, daß in unserm Lande Tausende von Lehrern praktisch ohne Kontrolle gewissenhafte Arbeit leisten und daß ein wesentlicher Teil der Schuladministration von den Lehrern selber ohne viel Aufhebens übernommen wird. Je größer die administrativen Einheiten werden, desto stärker branden die papierernen Wogen der Vorschriften, Reglemente, Erlasse und Verlautbarungen in die Amtsstuben und in die Schulzimmer. Großräumigkeit ist ein guter Nährboden für Parkinsons Law, für die Aufblähung des Apparates. Wo man den Föderalismus abbaut, wird Bürokratismus fett.

Man kann, um die wertvollen Möglichkeiten der Kleinräumigkeit darzulegen, sogar ein Beispiel aus der Eroberung der Größt-Räumigkeit anführen: Die amerikanischen Astronauten im Weltraum stehen nicht mit einer «Zentrale» in Verbindung, sondern mit einem Kameraden, einem Freund in der Regel, welcher das Abenteuer des Weltraumfluges schon bestanden hat. Dieser persönliche Kontakt gibt ihnen ein Gefühl von Geborgenheit.

Auch in unseren kantonalen Schulsystemen kennt man einander. Man weiß, wer hinter einem Erlaß steht. Dies hat den erwähnten Nachteil der Verfilzung von Sache und Person. Es hat aber den unschätzbaren Vorteil, daß man auftauchende Schwierigkeiten durch ein Gespräch von Mann zu Mann rechtzeitig coupiert kann.

Wie stark das Schulwesen in den Gemeinden wurzelt, zeigt sich stets dort, wo man eine Gemeindeschule aus Rationalisierungsgründen aufheben will. Ein Bauer aus dem bernischen Seeland sagte mir kürzlich: «Wenn wir kein Schulhaus mehr haben, sind wir auch keine Gemeinde mehr.» Das Gemeindeschulhaus ist mehr als eine Unterrichtsberbergung der Kinder. Es ist Zentrum des Gemeindelebens, Sinnbild der dörflichen Zusammengehörigkeit. Mit jeder Kompetenz, welche man einer Schulgemeinde entzieht, raubt man ihr ein Stückchen Dorfgemeinschaft.

Lösungs-Vorschläge und neue Aufgaben

Nachdem die Notwendigkeit vermehrter Zusammenarbeit dargelegt worden ist, nachdem aber auch von den Hindernissen und von den Vorzügen des jetzigen Systems die Rede war, müssen wir versuchen, mögliche Wege der Lösung aufzuzeigen. Auch

hierin ist Vorarbeit geleistet worden. Ich greife ein paar Lösungsvorschläge auf, wohl wissend, daß sich die Konzeptionen im Rahmen eines Zeitschriften-artikels nur skizzieren lassen.

Die Devise der Landesausstellung 1964 verlangte, daß die Expo «Wege in die Zukunft weise». Dieser Forderung gemäß suchten wir Gestalter des Schul-pavillons nach einer einprägsamen Formel, um das künftige Verhältnis der Kantone zum Bund auf dem Gebiet der Schule zu umschreiben. Sie lautete: «Föderalistische Freiheit und Vielgestaltigkeit im Geistigen, Verständigung im Organisatorischen.»

Die Formel nimmt sich auf dem Papier sehr gut aus. Ihr Wert als Wegweiser für künftige Arbeit ist aber problematisch, weil die Organisation der Bildung sich nicht von ihrem geistigen Gehalt ablösen läßt. Schulstruktur und Bildungsidee bedingen sich gegenseitig und sind so wenig trennbar wie Form und Inhalt eines Kunstwerkes. Die Früh-Intellektualisierung der Kinder in Frankreich zum Beispiel ist eine Konsequenz der vom System geforderten frühen Einschulung. Umgekehrt ist die amerikanische High School der organisatorische Niederschlag einer bestimmten Bildungsidee. Ist jenes Problem, das den schweizerischen Koordinatoren fast am meisten zu schaffen macht, der frühe Beginn des Französisch-Unterrichts im Kanton Bern ein «geistiges» oder ein «organisatorisches»?

Ein echter Ansatzpunkt zu einer Lösung scheint mir in der Formel zu liegen, die von verschiedenen Gremien aufgestellt wurde: Minimalanforderungen sind Sache des Bundes, die weitere Ausgestaltung des Unterrichts ist Sache der Kantone.

Dieses Prinzip ist fruchtbar, weil sich staatspolitische Notwendigkeit und pädagogische Wünschbarkeit decken. Jeder moderne Lehrplan, der diesen Namen verdient, besteht nämlich aus einem kleinen verbindlichen und einem großen unverbindlichen Teil. Der verbindliche Teil soll die eiserne Ration des Wissens enthalten, und es dürfte möglich sein, sich interkantonal auf diese eiserne Ration zu einigen.

Was für den Stoffplan eines einzelnen Faches gilt, gilt für das Bildungsprogramm eines einzelnen Schülers. Früher oder später werden wir unser Schulwesen, das heute auf dem Prinzip beruht «Differenzierte Schulen mit einem für alle Schüler verbindlichen Bildungsprogramm» umbauen müssen auf das Prinzip «wenige verschiedene Schultypen,

dafür innerhalb der Schule vermehrte Wahlfächer und Freifächer». Diese neue, pädagogisch nicht nur verantwortbare sondern erwünschte Konzeption erleichtert die interkantonale Zusammenarbeit: Man muß dann lediglich versuchen, sich zu einigen, welche Fächer der innerste Ring des für alle Schüler obligatorischen Bildungstoffes umfassen soll. Beim Übertritt in einen anderen Kanton könnte die Arbeit in diesen verbindlichen – und koordinierten – Hauptfächern geradlinig weitergehen, während Fehlendes in zusätzlichen Wahlfächern nachgeholt werden müßte.

Diese Konzeption wächst aus dem Pädagogischen heraus ins Staatspolitische hinein. Sie beruht auf Einsicht, daß Gerechtigkeit im Bildungswesen nicht bedeutet Jedem das Selbe, sondern Jedem das Seine. Sie ist zudem die natürliche Folge eines Anwachsens des möglichen Bildungstoffes ins Unermeßliche.

Eine Angleichung, die nach diesem Prinzip erfolgte, hätte den großen Vorteil, daß den Kantonen viel Spielraum bleibt. Ich halte das für dringend notwendig, weil dadurch die Gefahr verwaschener und blasser Mittellösungen gebannt wird. Man muß nicht tief in die eidgenössische Politik eindringen, um zu erkennen, daß die Koordinationsbestrebungen Gefahr laufen, ein gemeinsames Schulsystem vorzuschlagen, welches Oltener Bahnhofbuffet-Dialekt spricht. Es droht der billige Kompromiß: Gibst du mir den Herbstbeginn, geb ich dir die Körperstrafe.

Nicht leicht zu beantworten ist die Frage, wie sich eine solche Konzeption – die übrigens durchaus am Leistungsprinzip der Schule festhalten will und keineswegs eine Aufweichung der eindeutigen Forderungen an den Schüler bedeuten soll – verwirklichen lasse. Es führen verschiedene Wege – die sich nicht ausschließen – zum Ziel. Erfolgversprechend scheint mir zum Beispiel so etwas wie ein «Prinzip der kleinen Schritte». Warum soll man nicht damit beginnen, daß man festlegt, welches der verbindliche Stoff am Ende eines jeden der vier ersten Schuljahre ist. Diese Koordination kann von innen her, von der Schule selbst erfolgen, und die Lehrer-Verbände haben ja auch mit der Arbeit begonnen. Ich bin überzeugt, daß sich innerhalb der bestehenden Gesetze mehr koordinieren läßt, als man zunächst glaubt.

Einzelne Kantone haben begonnen, die Lehrmittel aufeinander abzustimmen und bei der Schaffung

neuer Schulbücher gemeinsam vorzugehen. Auch auf diesem Gebiet wäre eine Vereinheitlichung gewiß nicht eine Verarmung, sondern Ausrichtung der Kräfte auf ein gemeinsames Ziel. Seit Jahrzehnten schreiben Dutzende von Schulbuchverfassern im Schweiß ihres Angesichtes Bücher, die schon geschrieben sind.

Schon schwieriger gestaltet sich die Koordination «von oben». Die dringendste, die Koordination der Koordinatoren, kann nur durch die «höchsten», die neutralsten Instanzen geschehen, durch die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren und durch jene der Seminardirektoren. Beide Gremien haben sich der Aufgabe angenommen.

Ob es notwendig und richtig ist, daß auch «Bern» sich einschaltet, wagt man im Moment noch nicht zu entscheiden. Persönlich glaube ich, daß der Bund eine Kommission bestellen sollte, welche auf wissenschaftlicher Basis die notwendigen pädagogischen und soziologischen Grundlagen erarbeitet, deren man zur Verwirklichung vermehrter kantonalen Zusammenarbeit bedarf.

Es bleibt noch ein weiterer Weg offen: engeres Zusammenwachsen der kantonalen Schulsysteme durch die Bewältigung gemeinsamer neuer Aufgaben. Wer bedenkt, wie tief in unserem öffentlichen Leben die Karrengeleise der Gewohnheit sind, kann ermessen, wieviel erfolgversprechender die Koordination bei der Lösung neuer Aufgaben ist, bei Aufgaben, die nicht mit den Bleigewichten der Gewohnheit belastet sind.

Dem Fürsten des Zwergstaates, der sich erkundigte, wo seine Armee stehe, antwortete man: «Die eine Hälfte wischt den Hof und die andere Hälfte führt die Kinder ihrer Majestät spazieren.» – Es besteht die Gefahr, daß die Stände im Bildungswesen künftig Aufgaben übernehmen müssen, welche die finanziellen und personellen Möglichkeiten der kleinen Kantone übersteigen. Ich nenne zwei davon: Ein Institut für Lehrerweiterbildung und die Umschulungskurse für die spätentschlossenen Anwärter auf den Lehrerberuf. Möglicherweise gehen die beiden Aufgaben ineinander über.

Lehrerweiterbildung im schweizerischen Rahmen gibt es schon lange. Der schweizerische Verein für Handarbeit und Schulreform führt jeden Sommer in einem andern Kanton schweizerische Lehrerbildungskurse durch. Was vor mehr als achtzig Jahren bescheiden als «Cursus zur Heranbildung von Lehrern

an Handarbeitsschulen» begann, hat sich heute zu einer imposanten Stätte der Weiterbildung ausgewachsen, die Bewunderung und Respekt abnötigt. Aber auch diese vielseitigen Kurse vermögen die Aufgabe auf die Dauer nicht zu erfüllen.

Ein schweizerisches Zentrum für Lehrerweiterbildung ist wünschbar. Denkbar wäre es in Form eines ausgebauten Instituts im Rahmen einer schweizerischen Universität oder der ETH. Man kann sich aber auch vorstellen, daß man sich an das Modell einer schon bestehenden und sehr sympathischen eidgenössischen Schule hält: Magglingen. In diesem zweiten Fall malt die Phantasie (nicht die Phantasterei!) so etwas wie das Bild eines «Klosters in Stadtnähe». Die Stadt müßte eine Universitäts-Stadt sein, denn selbstverständlich kann man nicht im gleichen Atemzug einerseits bessere Koordination der Hochschulen fordern und andererseits vorschlagen, den bestehenden und bewährten Lehr- und Forschungsstätten für Psychologie und Pädagogik an unseren Universitäten ein weiteres ähnliches Institut unverbunden entgegen zu stellen.

Daß eine solche Stätte der Lehrerbildung die bestehenden Institute im Dienste der Schule wie die Berner Schulwarte, das Pestalozzianum in Zürich oder die Basler Schulausstellungen nicht überflüssig macht, versteht sich von selbst.

Die vorbildliche eidgenössische Turn- und Sport-schule dient in mannigfacher Beziehung der körperlichen Ertüchtigung unserer Jugend, neuerdings auch durch sportwissenschaftliche Forschung. Wir lassen uns – zu Recht – das Geld für die Verbesserung der Körperschulung nicht reuen. Ist die Verbesserung der Schulbildung nicht ebenso wesentlich? Ist die Situation, daß es in der Schweiz sehr viel leichter ist, Geld für Muskelbildung zu erhalten als Geld für Geistesbildung, wirklich wünschenswert?

Zum Schluss

Eine amerikanische Redensart stellt fest: «You can't have your cake and eat it.» «Keiner kann Mehl im Munde haben und gleichzeitig blasen», sagen die Dänen. «Man kann nicht den Fünfer haben und das Weggli», heißt es bei uns.

Auf das Schulwesen angewandt: Man kann nicht koordinieren ohne gewisse Entscheidungsfreiheiten preis zu geben.

Wehret den Anfängen, rufen die Verteidiger des

Schul-Partikularismus, und wenn das nichts nützt, greifen sie zum bewährten Böölimaa und legen mit verbissener Miene das Wort vom «eidgenössischen Schulvogt» auf den Diskussionstisch. Der verfehlt seine Wirkung nie. Noch heute, fast 700 Jahre nach Wilhelm Tell, jagt uns der «Vogt» den Schreck in die Knochen.

Aber nicht jeder Vereinheitlichungs-Versuch ist ein Geßlerhut. Wäre es vor allem die Liebe zur kantonalen Vielfalt, die als Bremse wirkt, man würde sich über die Beharrlichkeit freuen. Man wird aber den Verdacht nicht los, daß die kantonale Vielfalt vielerorts weniger das Produkt einer bewußten und gewollten Differenzierung ist als eben die Folge der Trägheit oder einer mangelnden Verhandlungsbereitschaft. Zahlreiche Schulmänner haben zum Beispiel dem Kanton Luzern eine schlechte Betragesnote erteilt, weil er «in Sachen Herbstschulbeginn vorgeprellt» sei. Viele Politiker stehen für das Bestehende ein, nicht weil sie es als richtig erleben, sondern weil es besteht. Mein Vaterland, das Bühl-Schulhaus!

Die Haltung mancher Kantone gleicht dem Anspruch der älteren Ehegattin, die zu ihrem Mann sagt: «Wenn eines von uns beiden sterben müßte, zöge ich nachher an die Junkerngasse.» Ins Schulpolitische übersetzt: Da wir die Benennungen der Schultypen künftig koordinieren wollen, nennen wir eure Sekundarschule von jetzt an Realschule, wie sich das bei uns bewährt hat.

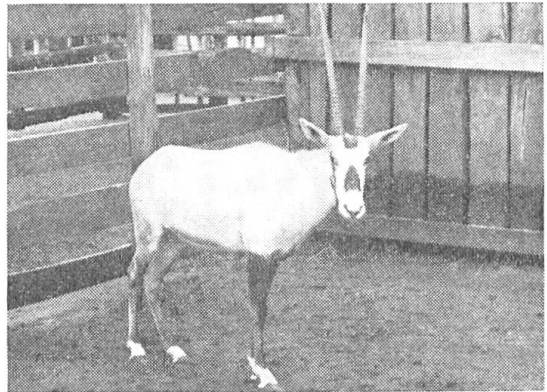
Im Föderalismus steckt – wir wiederholen es – eine großartige staatspolitische Idee: wir versuchen der Macht die Zähne auszubrechen, indem wir sie teilen. Es besteht aber leider die Gefahr, daß wir durch sturen Partikularismus auch der Schulung, der Forschung selbst die Zähne ausbrechen, so daß sie auf den Bilgern kauen muß. Ein solch zahnloser Mund ist für die zähen Brocken, welche die Gegenwart für Schule und Forschung bereithält, denkbar ungeeignet.

Jeremias Gotthelf sagte von den Kantonen Basel und Baselstadt: «Sie sind so gleichsam die am Rücken zusammengewachsenen Brüder. Was dem einen wehtut, macht dem andern nicht wohl und niest der eine, sagt der andere ‚Prosit!‘ dazu.»

Aber er fügt hinzu, und auch das sollte heute doch wohl für alle Kantone der kleinen Schweiz gelten: «Vermag eins immer eine Last nicht zu heben, hilft der andere, und beide zwingen's.»

Bedrohte Tierarten

Von Wolfgang N. Naegeli, in Zusammenarbeit mit dem World Wildlife Fund



Die arabische Oryx

Die Oryxantilope gilt bei den Wüstenbewohnern Arabiens wegen ihrer Stärke und Ausdauer als Symbol der männlichen Kraft. Früher jagten sie dieses scheue und sehr schnelle Tier vom Pferd und vom Kamel aus. Doch erst aus der modernen Technik erwuchs ihm eine ernsthafte Bedrohung. Aus sicheren Geländefahrzeugen knallen Oelscheiche und «Kulturpioniere» die Antilopen mit Maschinengewehren nieder. Heute leben wahrscheinlich kaum mehr als 100 Oryx zerstreut in Saudi-Arabien, Aden und Oman. Früher aber bevölkerten sie die ganze arabische Halbinsel.

Leider scheiterten die Bemühungen internationaler Naturschutzkreise, der Oryx ausreichende Sicherheit zu verschaffen. Im Herbst 1961 wurde daher die «Operation Oryx» gestartet. Die Aufgabe einer Expedition bestand darin, im Protektorat Aden acht Tiere zum Aufbau einer Zuchtgruppe einzufangen. Sie hatte trotz wochenlangen Anstrengungen nur teilweisen Erfolg. Drei Tiere konnten in den klimatisch vorzüglich geeigneten Phoenix Zoo in Arizona gebracht werden. Verschiedene zoologische Gärten stellten sechs weitere Exemplare zur Verfügung. Diese kleine Gruppe hat sich inzwischen beträchtlich vergrößert. Dem World Wildlife Fund gelang es, aus der Privatsammlung des Königs von Saudi-Arabien vier Antilopen zu erhalten, und seit Frühjahr 1963 wurden vier Junge geboren.

Die sehr genügsame arabische Oryx ist dem Leben in der Wüste aufs beste angepasst. Ihre Läufe und die auffallende Gesichtszeichnung sind dunkelbraun, die Grundfarbe weiss-grau bis weiss. Ihre langen Hörner sind eine gefährliche Waffe, die sie gegen Angreifer mit grossem Geschick einsetzt.

Geplant ist, die Oryx in der Sicherheit zoologischer Gärten so zu vermehren, dass sie wieder in ihrer natürlichen Heimat ausgesetzt werden können – allerdings unter dem Vorbehalt eines genügenden Schutzes. Einen solchen dürften Nationalparks und Wildreservate, wie sie beispielsweise in Jordanien und Israel geplant sind, diesen herrlichen Tieren bieten.